



DIE ROTE HILFE

3.2020

ZEITUNG DER ROTEN HILFE E.V. | 2 EURO | 48. JAHGANG | C 2778 F | WWW.ROTE-HILFE.DE

S. 7
REPRESSION

Schere, Kleber, Papier –
Mit Adbusting gegen
den Geheimdienst

S. 30
SCHWERPUNKT

Schlimmer geht immer –
Eine Übersicht zu
Gesetzesverschärfungen

S. 36

„Die Norm ist Politik“ –
Interview mit RA Sven
Adam zu § 114 StGB

S. 45

Demokratie und
Gemeinnützigkeit

S. 58
UNION BUSTING

Salz in der Suppe?
Radikale Elemente
im Betrieb

GESAMT

**Die Richter und Staatsanwälte, für wen sind die da?
Für die Kapitalisten und für ihren Staat
Sie verurteilen uns nach ihrem Gesetz**

MEHRSCHEIN

**Wer das Geld hat, hat die Macht
Und wer die Macht hat, hat das Recht**

aus: Ton Steine Scherben / Der Kampf geht weiter

REUNGEN

■ Der Rote Hilfe e.V. ist es wichtig, männlich oder binär dominierte gesellschaftliche Verhältnisse in ihren Publikationen nicht sprachlich zu reproduzieren. Deshalb bittet das Redaktionskollektiv der *RHZ* alle Autor_innen darum, in ihren Beiträgen Gender-Gap oder Gender-Sternchen zu nutzen. Sofern im Heft Beiträge abgedruckt sind, bei denen dies nicht der Fall ist, liegt das in einer ausdrücklichen Entscheidung der Autor_innen begründet oder daran, dass bspw. ein historischer Text nachgedruckt wird. In beiden Fällen möchte das Redaktionskollektiv nicht durch eigenhändiges Gendern ein Bewusstsein vorspiegeln, dass bei den Autor_innen beim Verfassen des Beitrags – aus welchen Gründen auch immer – tatsächlich nicht vorhanden war.



WER IST DIE ROTE HILFE?

Die Rote Hilfe e.V. ist eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation. Die Rote Hilfe organisiert nach ihren Möglichkeiten die Solidarität für alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung, die in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden. Politische Betätigung in diesem Sinne ist z.B. das Eintreten für die Ziele der ArbeiterInnenbewegung, der antifaschistische, antisexistische, antirassistische, demokratische oder gewerkschaftliche Kampf sowie der Kampf gegen Antisemitismus, Militarismus und Krieg. Unsere Unterstützung gilt denjenigen, die deswegen ihren Arbeitsplatz verlieren, Berufsverbot erhalten, vor Gericht gestellt und zu Geld- und Gefängnisstrafen verurteilt werden oder sonstige Nachteile erleiden. Darüber hinaus gilt die Solidarität der Roten Hilfe den von der Reaktion politisch Verfolgten in allen Ländern der Erde.

Aus der Satzung

► **Fingerprint zur Prüfung von PGP-Schlüsseln der Roten Hilfe e.V.:**
4FD3 B3EE 7FCE 9FFD EC75
CAF9 4847 5F52 5CoC 5DB1

EDITORIAL

IN EIGENER SACHE

4 Geld her! Dafür brauchen wir Eure Mitgliedsbeiträge ...

REPRESSION

7 Schere, Kleber, Papier – Mit Adbusting gegen den Geheimdienst
10 Bierchen auf Polizeigewalt
11 „Problemfall der Demokratie“ wirbt um Mithilfe
14 Im Namen BAYERS
16 Weg mit § 129a und b!

REPRESSION INTERNATIONAL

18 Bankenblockade 2019 – Repression nach Bankenblockade in der Schweiz
21 Freiheit für die „El Hiblu 3“ – Flüchtlingsselbsthilfe vor Gericht
22 Wut und Solidarität – Repression in Griechenland gegen die Proteste Geflüchteter
24 Solidarity in the USA
26 Keine Worte, sondern Taten! – Interview zu den antirassistischen Protesten in den USA

SCHWERPUNKT

30 Schlimmer geht immer – Eine Übersicht zu den Gesetzesverschärfungen der letzten Jahre
34 Vorladungspflicht verschärft?
36 „Die Norm ist Politik“ – Interview mit Rechtsanwalt Sven Adam zu § 114 StGB
39 Polizeidrohnen
42 Ausländer als Feinde
45 Demokratie und Gemeinnützigkeit
47 Die Partei ist dafür ... – Die Debatte über das brandenburgische Polizeigesetz in der Partei DIE LINKE

RECHT & UNORDNUNG

49 Drohende Militanzverbote

SERIE ZU FREIEN ARCHIVEN

51 Unsere Geschichte gehört uns – Zur Bedeutung freier Archive
54 Der Schlüssel zum Paradies – Interview zur Bewegungsgeschichte von Freien Archiven

GET CONNECTED

57 Alle Schlüssel an einem Bund – Zu den PGP-Schlüsseln der Roten Hilfe e.V.

REPRESSION – UNION BUSTING BEI DER ARBEIT

58 Das Salz in der Suppe? – Radikale Elemente im Betrieb

AZADI

60 Azadî – Informationen des Rechtshilfefonds für Kurdinnen und Kurden

AUS ROTER VORZEIT

63 „... den Auftrag, die Rote Hilfe in Zwingenberg zu organisieren“ – Solidaritätsarbeit in den Landgemeinden der hessischen Bergstraße

DEBATTE

66 Keine politische Strategie – Beitrag zur Debatte um „ACAB“
67 Irreführend und fehlgeleitet – Beitrag zur Debatte um „ACAB“



„... den Auftrag, die Rote Hilfe e.V. in Zwingenberg zu organisieren“ – Solidaritätsarbeit in den Landgemeinden der hessischen Bergstraße

Silke Makowski (Hans-Litten-Archiv)

■ Selbst in kleinen Ortschaften und Dörfern lebte vielerorts die praktische Unterstützung durch die Rote Hilfe Deutschlands in der Illegalität ab 1933 fort. Auch hier misshandelten die Nazis ab März 1933 bekannte KommunistInnen und SozialistInnen und verschleppten sie in die Konzentrationslager, und überall standen solidarische GenossInnen den Familien zur Seite. Die mehr oder weniger koordinierte Direkthilfe mit kleinen Geldbeträgen und Lebensmitteln knüpfte zwar an den allseits bekannten Gedanken der RHD an, war aber in den meisten Fällen eher selbstverständlicher Beistand unter GenossInnen und FreundInnen als organisierter Widerstand. Nach späteren Verhaftungen, die wegen illegaler antifaschistischer Tätigkeit erfolgten, war die gegenseitige Hilfe zwischen den früheren Mitgliedern der ArbeiterInnenbewegung schon weit riskanter, da die Gestapo nun sämtliche Kontakte politisch deutete.

Zusätzlich zu solchen losen Unterstützungsleistungen bildeten sich auch auf dem Land Widerstandsgruppen der RHD, die die Verbindung zu den Rote-Hilfe-Strukturen in benachbarten Städten suchten oder auf deren Anregung hin entstanden. Gemäß den internen Vorgaben organisierten sie sich in Kleinzellen von bis zu fünf AktivistInnen und führten die klassischen Aufgaben von Kassierung, Literaturvertrieb und Spendensammlungen unter den Bedingungen der Klandestinität fort. Die jeweilige Zellenleitung ließ die Beitrags- und Zeitungsgelder über eine Mittelsperson den übergeordneten Leitungen zukommen und bekam im Gegenzug regelmäßig illegale RHD-Druckschriften, die jedoch strikt intern verkauft wurden: öffentlichkeitswirksame Aktionen wie die Verteilung von Streuzeteln waren in kleinen Gemeinden kaum möglich.

Ohnehin arbeiteten die ländlichen Rote-Hilfe-Zellen unter gänzlich anderen

Bedingungen, waren doch die wenigen AntifaschistInnen des Ortes allgemein bekannt, wodurch bei Widerstandshandlungen der Kreis der Verdächtigen winzig war. In Dörfern wurden auswärtige BesucherInnen misstrauischer beäugt als in Großstädten, was es noch schwieriger machte, Anlaufstellen für Instruk-

teureInnen überall die Stempelstelle, da insbesondere KommunistInnen großteils arbeitslos waren. Als KurierInnen waren PendlerInnen geeignet, die in Betrieben der benachbarten Städte arbeiteten und dort die Bezirksleitung kontaktieren konnten.

Die engen verwandtschaftlichen und freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Dörfern halfen beim Aufbau von Rote-Hilfe-Netzwerken. Ein gutes Beispiel bietet Südhessen, wo der Instruktore Ernst Ringel im Auftrag der RHD-Bezirksleitung Hessen-Frankfurt tätig war. Nachdem sich die illegale Solidaritätsorganisation in Frankfurt selbst Ende 1933 gefestigt hatte, erlebte sie eine Blütezeit mit rund 2000 Mitgliedern, zahlreichen SpenderInnen und einer regen Öffentlichkeitsarbeit, die mehrere eigene Zeitungen, darunter *Das Proletarische Volks-Gericht* und Flugblätter umfasste. In der ersten Jahreshälfte 1934 bemühte sich die Frankfurter Leitung darum, die Unterbezirke zu stärken. Konnten in den Städten die verbliebenen Roten HelferInnen leichter kontaktiert werden, blieben die Neugründungen im ländlichen Raum mühsam. Da die RHD-Unterbezirksleitungen, die die früheren AktivistInnen im Umland kannten, meist personell schlecht aufgestellt und überlastet waren, blieb diese Arbeit liegen, weshalb die InstruktoreInnen sich auch in diesem Bereich engagierten. Als es im Spätsommer 1934 durch einen Gestapo-Spitzel zu einem verheerenden Schlag gegen die RHD im Frankfurter Stadtgebiet mit Hunderten Verhaftungen kam, verlagerte sich der Schwerpunkt noch stärker in die Provinz.

Ernst Ringel, der dem Zugriff der Nazis entkommen war, führte seine Bemühungen in verschiedenen Unterbezirken fort und stand mit Solidaritätszellen im Raum Gießen ebenso in Kontakt wie in der Wetterau oder rund um Darmstadt, bis eine weitere Repressionswelle im Sommer 1935 die meisten dieser Strukturen zerschlug. Anhand der untereinander eng vernetzten RHD-Widerstandsgruppen der



Proletarisches Volks-Gericht, Zeitung des RHD-Bezirks Hessen-Frankfurt, Oktober 1933; Quelle: Studienkreis Deutscher Widerstand, AN 2850 (Reproduktion)

teurInnen und KurierInnen der Bezirksleitung einzurichten. Zugleich war die Tatsache, dass viele AktivistInnen eine Nebenerwerbslandwirtschaft betrieben, von Vorteil, da illegale Materialien in großen Nutzräumen wie Ställen und Geräteschuppen leichter versteckt werden konnten als in den beengten Wohnungen der ArbeiterInnenviertel, und das unbewohnte Umland bot alternative Möglichkeiten zur Vernetzung. Dominierten in den Städten Treffpunkte an Kiosken und in Einkaufsstrassen, waren für die ländlichen Roten HelferInnen die eigenen Felder, vereinzelte Höfe oder auch markante Punkte an der Landstraße und im Wald naheliegend. Ein zentraler Ort blieb aber

südhessischen Bergstraße am Übergang des Odenwalds zur Rheinebene wird die Entwicklung und Arbeitsweise in kleinen Orten sehr gut sichtbar.

Auffallend ist die organisatorische Bandbreite in diesen Gemeinden, die großteils zwischen 1500 und 2200 EinwohnerInnen hatten: Während sich teilweise reine Rote-Hilfe-Zusammenhänge bildeten, die nur losen Austausch mit der KPD pflegten, handelte es sich andernorts um gemischte Widerstandsgruppen aus Kommunistischer Partei und RHD, was angesichts der geringen Kapazitäten naheliegender war. Zudem hatte das Netzwerk Verbindungen zu KPD-Kreisen in anderen Städten, die sporadisch RHD-Sammlungen durchführten.

Anfang 1934 hatten im Unterbezirk Darmstadt weder die RHD noch die Partei arbeitsfähige Leitungen, so dass zunächst der kommunistische Instrukteur Friedrich Wagner beauftragt wurde, beide Organisationen zu stärken. Bereits in diesem Fall fiel die Wahl auf einen Aktivist aus dem Umland, indem Peter Schmidt aus Bickenbach eine zentrale Funktion in der neuen KPD-Unterbezirksleitung übernahm. Zwar sah er sich außerstande, sich intensiver dem Aufbau der Solidaritätsstrukturen zu widmen, doch besaß Schmidt aus früherer Zeit und durch das Literaturvertriebsnetz der KPD einen guten Überblick über die AntifaschistInnen der Region.

In einem ersten Schritt sprach er den Weißbinder Adam Hechler aus Seeheim an, der früher für die KPD im Gemeinderat gesessen hatte, aber keine Funktionen im illegalen Apparat innehatte. Nachdem dieser seine Bereitschaft signalisiert hatte, arrangierte Schmidt im August 1934 ein erstes konspiratives Treffen mit dem RHD-Instrukteur an einer Straßenkreuzung zwischen Eberstadt und Bickenbach. Ringel „unterhielt sich mit Hechler über den Aufbau der ‚Roten Hilfe‘ im Unterbezirk Darmstadt und erteilte ihm den Auftrag, sich mit den einzelnen Ortschaften in Verbindung zu setzen und dort für eine regelmässige Kassierung zu sorgen“ (Anklage gegen Löchel u.a.,

S. 8f). Außerdem sollten die beteiligten AktivistInnen mit Literatur der Solidaritätsorganisation versorgt werden. Um einen ersten Kreis von verlässlichen Interessierten zu erschließen, hatte Schmidt



Proletarisches Volks-Gericht, Zeitung des RHD-Bezirks Hessen-Frankfurt, 2. Jahrgang Nr. 3, März 1934; Quelle: Studienkreis Deutscher Widerstand, AN 2624 (Reproduktion)

die beiden maßgeblich mit dem KPD-Zeitungsvertrieb befassten Widerstandskämpfer aus Seeheim informiert, nämlich den Zimmermann Heinrich Schaaf und den Bauhilfsarbeiter Heinrich Mütz. Direkt im Anschluss an seine erste Besprechung mit Ringel lud Hechler die beiden Genossen zu einem Treffen am Seeheimer Denkmal ein, wo sie zu viert das weitere Vorgehen berieten. Schaaf erklärte sich bereit, die RHD-Zeitungen in seinem Kreis anzubieten und den Instrukteur bei sich übernachten zu lassen. Zusammen mit seiner Frau Marie stellte er nicht nur ein illegales Quartier für Ringel zur Verfügung und unterstützte ihn mit kleinen Beträgen für seinen Lebensunterhalt, sondern fungierte als Drehscheibe des lokalen Literaturvertriebs.

Da die Verabredungen unter freiem Himmel zu riskant erschienen, benannte

Hechler gegenüber Ringel seinen Schwager Georg Schwinn als künftige Anlaufstelle, wobei als Erkennungszeichen für den ersten Besuch eine Frage nach Tauben vereinbart wurde. Bei Ringels Ankunft benachrichtigten Georg und Margarethe Schwinn umgehend Hechler, woraufhin in ihrer Wohnung Besprechungen stattfanden und jeweils etwa 50 illegale RHD-Druckschriften übergeben wurden, darunter *Das Proletarische Volks-Gericht* der Bezirksleitung Hessen-Frankfurt und ein Blatt mit dem Titel *Roter Helfer*. Im Gegenzug nahm der Instrukteur die von Hechler kassierten Mitgliedsbeiträge und die Erlöse aus dem Literaturverkauf in Empfang, die er an die Bezirkskasse weiterleitete. Im Haushalt des Ehepaars Schwinn wurde Ringel bei seinen wiederholten Besuchen regelmäßig bewirtet und mit einem Schlafplatz versorgt.

Da Schaaf und Mütz die illegalen Rote-Hilfe-Schriften in Seeheim über den KPD-Vertrieb verbreiteten, erreichten sie hauptsächlich die darüber bereits erfassten KommunistInnen des Städtchens. Daneben bot Schaaf den Widerstandszellen im Umland, die er bereits zuvor belieferte, zusammen mit den KPD-Druckschriften nun auch die RHD-Zeitungen an, so dass sie Dörfer wie das nur 400 EinwohnerInnen zählende Beedenkirchen erreichten. Vereinzelt arbeitete er zudem als Kurier für die Solidaritätsorganisation: so holte Schaaf einmal auf Hechlers Bitte hin die kassierten Beiträge in Alsbach ab und übernahm zusammen mit Mütz eine Motorradfahrt „mit RM 20.60 ‚Rote Hilfe‘-Geldern nach Frankfurt a/M., wo er sie dem Bezirksinstrukteur Ringel abliefern sollte“ (Anklage Löchel u. a. S. 14).

Direkt nachdem er den Auftrag zum Aufbau der Roten Hilfe an der Bergstraße übernommen hatte, knüpfte Hechler systematisch neue Kontakte in die umliegenden Gemeinden. Noch im August 1934 traf er sich an der Stempelstelle in Hähnlein mit drei arbeitslosen Kommunisten, die sein Vertrauen genossen, und informierte sie über seine Bemühungen. Mit dem Schlosser Ludwig Rack und dem Zimmermann Georg Wenz hatte Hech-



ler zwei engagierte Mitstreiter gefunden, die in den nächsten Wochen klandestine Rote-Hilfe-Zellen in Alsbach aufbauten. Rack nahm von Oktober 1934 bis Anfang 1935 jeweils 30 gelieferten Exemplare *Das Proletarische Volks-Gericht* und *Roter Helfer* von Hechler in Empfang und verteilte sie an verschiedene Zellenleitungen. Bei weiteren Besuchen sprachen Hechler und seine Mitstreiter an der Stempelstelle Antifaschisten aus anderen Ortschaften an, die ebenfalls Solidaritätszirkel gründeten, darunter den Hilfsarbeiter Christian Götz und den Maurer Peter Schaaf aus Hähnlein.

Über den Weißbinder Ludwig Mütz, der vor 1933 die KPD-Ortsgruppe geleitet hatte, und den Schlosser Paul Drach konnte eine weitere Gemeinde erschlossen werden: „Hechler gab Drach den Auftrag, die ‚Rote Hilfe‘ in Zwingenberg zu organisieren und von dem Angeschuldigten Rack, den er ihm an der Stempelstelle in Hähnlein vorstellen wollte, ‚Rote Hilfe‘-Zeitungen zur Weiterverteilung zu beziehen“ (Anklage Rack u. a. S. 10). In der Folge bauten Drach und Mütz dort zwei RHD-Kleingruppen auf, die sie kassierten und mit Druckschriften belieferten.

Trotz des engen Kontakts untereinander waren die Rote-Hilfe-Strukturen sehr unterschiedlich ausgerichtet und umfassten verschiedene Spektren. So wies das Widerstandsnetzwerk in Seeheim deutliche Überschneidungen mit der illegalen KPD auf, bestand größtenteils aus ehemaligen Parteimitgliedern und SympathisantenInnen, und für den Zeitungsverkauf griff die RHD hier auf den KPD-Vertrieb zurück. Anders stellte sich die Situation in den Gemeinden dar, in denen ausgehend von der Stempelstelle in Hähnlein Solidaritätsgruppen aufgebaut worden waren. Zwar waren auch hier frühere Funktionäre der Kommunistischen Partei und der Roten Hilfe beteiligt, doch konnte eine bemerkenswerte Anzahl zuvor nicht organisierter Parteiloser und ehemaliger Sozialdemokraten gewonnen werden, und die Zellen widmeten sich ausschließlich der RHD-Arbeit. Auch wenn in Zwingenberg einzelne Ausgaben der *Arbeiterzeitung*

und *Rote Fahne* kursierten, gab es offenbar kaum Kontakte zur illegalen KPD, oder sie war ausreichend von der Roten Hilfe getrennt, um bei der Repressionswelle im Sommer 1935 unentdeckt zu bleiben. Eine Rolle bei dieser Entwicklung spielte die Reihenfolge, in der die überregionalen FunktionärInnen an die lokalen WiderstandskämpferInnen herantreten: hatte die KPD bereits Gruppen aufgebaut, fiel der RHD die Schaffung unabhängiger Netzwerke weit schwerer als in Orten, in denen es noch keine arbeitsfähigen illegalen Parteizellen gab.

Eher am Rand in die Rote-Hilfe-Arbeit eingebunden war die KPD in nahegelegenen Kleinstädten wie Griesheim und Bensheim und in weiteren Gemeinden wie Reichenbach, in denen über den bereits bestehenden Literaturvertrieb auch RHD-Zeitungen verkauft und Geld- und Sachspenden für die Angehörigen der Gefangenen gesammelt wurden. In Bensheim wurde mehrfach unabhängige Direkthilfe für die Ehefrauen von verhafteten Genossen der Stadt organisiert, hauptsächlich

► Dieser Text behandelt einen Zeitraum weit vor den neueren feministischen Debatten, weshalb die Beteiligten aufgrund des damaligen Diskurses strikt dem binären Geschlechtermodell verhaftet waren. Diesem historischen Bewusstseinszustand trägt der Artikel durch Verwendung des großen Binnen-i Rechnung, das diese Denkweise sichtbar machen soll.

auf Initiative des KPD-Funktionärs Jakob Kindinger und des ehemaligen Ortsgruppenleiters der Roten Hilfe, Karl Jaeckel. Sogar nach den ersten Verhaftungen ging die Solidaritätsarbeit weiter, denn der RHD-Aktivistin Mathilde Menges wurde vorgeworfen, im Juni 1935 „der Ehefrau Kindinger im Auftrag des Angeschuldigten Jaeckel einen Betrag von RM 3.-- zu ihrer Unterstützung überbracht“ (Anklage Aßmus u. a. S. 13) zu haben.

Ein Großteil dieser Widerstandsgruppen wurde durch eine breite Repressionswelle im Sommer 1935 zerschlagen,

als im Raum Frankfurt die Gestapo zuerst führende Mitglieder der KPD und der kommunistischen Gewerkschaft RGO, wegen personeller Schnittmengen jedoch auch die Bezirksleitung der Roten Hilfe verhaftete. Wenig später fiel der Instrukteur Ernst Ringel den Nazis in die Hände, und in den nächsten Wochen wurden viele der von ihm betreuten Ortsgruppen entdeckt. An der Bergstraße setzten die Massenverhaftungen Anfang Juni ein, und 40 AktivistInnen, die den RHD-Zellen angehört oder über den gemeinsamen Literaturvertrieb Zeitungen bezogen hatten, wurden im Oktober 1935 in drei Prozessen angeklagt. Die meisten von ihnen wurden zu mehrjährigen Zuchthaus- oder Gefängnisstrafen verurteilt und oftmals nach dem Ende der Strafhaft direkt in die KZs verschleppt.

Allerdings konnten die NS-Verfolgungsorgane nur einen Bruchteil des RHD-Netzwerks ausfindig machen, da viele AntifaschistInnen trotz der schweren Misshandlungen die Aussage weitgehend verweigerten oder die anfangs erfolgterten Angaben widerriefen. Indem einige Zellenleiter die Namen der von ihnen Kassierten beharrlich verschwiegen und behaupteten, die Zeitungen stets verbrannt und das Geld aus eigener Tasche bezahlt zu haben, konnten zahlreiche AktivistInnen und ganze Kleinzellen geschützt werden. Dennoch bedeutete die Repressionswelle im Sommer 1935 einen vernichtenden Schlag für den regionalen Widerstand der Roten Hilfe. ❖

Verwendete Quellen:

► Prozessakten gegen Jakob Aßmus u. a., gegen Willi Löchel u. a., gegen Ludwig Rack u. a., OJs 020-35, in: Mikrofiche-Edition „Verfolgung und Widerstand in Hessen 1933-1945“, hg. von Wolfgang Form u. a., 2007